

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donstag, 10. Januar 2012 · Nr. 8/2 D1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKE, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Schweizer Zentralbankchef zurückgetreten

du. ZÜRICH, 9. Januar. Philipp Hildebrand, der Präsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB), ist am Montag mit sofortiger Wirkung zurückgetreten. Er habe erkannt, dass er den „definitiven und abschließenden Beweis nicht liefern konnte“, dass seine Frau den umstrittenen Kauf von etwa 500 000 Dollar am 15. August vergangenen Jahres ohne sein Wissen getätigt habe. Dieser Kauf wird als heikel eingestuft, weil zwei Tage später die Nationalbank eine Geldmengenausweitung mit Auswirkungen auf die Wechselkurse beschloss. Noch am vergangenen Donnerstag hatte Hildebrand gesagt, er wolle trotz moralisch anfechtbarer Devisengeschäfte in seiner Familie im Amt bleiben, solange ihn die Gremien stützten. In der kurzfristig anberaumten Pressekonferenz sagte er nun, Glaubwürdigkeit sei das höchste Gut eines Notenbankers. Den Sinneswandel bekräftigte Hildebrand mit der andauernden und vehementen Debatte über die Devisentransaktionen. Er bekräftigte, seine Frau Kashya habe Mitte August alleine gehandelt: „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, es war so.“ Devisengeschäfte habe er grundsätzlich nie als Problem erachtet. Im Nachhinein müsse er aber zugeben, dass ein Notenbankgouverneur sich davon fernhalten sollte. (Siehe Wirtschaft, Seite 9; Kommentar Seite 8.)

Heute

Vergessener Stolz

200 Tage vor der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele zeigen sich die Londoner reserviert, viele Probleme dämpfen die einst so große Vorfreude. **Sport, Seite 28**

Seitenwechsel

Freitag war Jair Lapid noch Fernsehmoderator in Israel. Jetzt will er mit einer neuen Partei für soziale Gerechtigkeit kämpfen und dem wachsenden Einfluss der streng Orthodoxen etwas entgegensetzen. **Politik, Seite 3**

„Keine Atomtransporte“

Bremens Bürgerschaft will die Häfen der Hansestadt für Atomtransporte sperren – für Bundesumweltminister Röttgen ein gesetzwidriger Plan. Ist schon das Gesetzgebungsverfahren angreifbar? **Politik, Seite 4**

Razzia im Skiurlaub

Steuerfahnder haben in Cortina teure Autos angehalten. Nicht alle Beamten verfügen offiziell über ein entsprechend großes Einkommen. Italiens exklusivster Wintersportort ist entrüftet. **Wirtschaft, Seite 11**

Gottes Quarterback

Tim Tebow hat die Denver Broncos erstmals wieder in die Football-Play-offs geführt. Seine Gebete auf dem Platz werden als „Tebowing“ verehrt – oder als unangemessen verurteilt. **Sport, Seite 27**

Wo die Mormonen murmeln

Neben ihrem heiligen Buch haben die Mormonen auch eine besondere Ästhetik. Wer den Republikaner Mitt Romney verstehen will, muss die amerikanischste aller Religionen kennenlernen. **Feuilleton, Seite 31**

Von Lampen und Leuchten

Einfach Licht machen im Wohnzimmer – das ist vorbei. Die Glühlampenverordnung der Europäischen Union betrifft alle Haushalte. Wir bringen Licht ins Dunkel. **Technik und Motor, Seite T 1**

Nichts ist unmöglich



Die nächste Million – Nur wer schon Entomologen oder andere Liebhaber überschüssigen Weltwissens von Käfern schwärmen hörte, die klaglos das Achthundertfünfzigfache ihres Gewichts durch die Lande bugsieren, vermag sich die krabblige Emsigkeit deutscher Autohersteller vorzustellen, die 2011

trotz Last der Krise mehr verkauften als je zuvor und ihre Füßlein noch in die letzte Absatzmarkttür setzten. Seite 15 böte Volkswagen Grund zum Feiern wie 1955 in Wolfsburg: Mit einer zusätzlichen Million verkaufter Autos hat der Konzern Toyota überholt und zwick den Weltmarktführer. Foto dpa

Merkel will Finanztransaktionsteuer notfalls ohne Briten einführen

Rösler dagegen / Sarkozy: Lage gespannt wie nie / Negativzins für Bundesanleihen

mas. BERLIN, 9. Januar. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich dafür ausgesprochen, die Finanztransaktionsteuer notfalls ohne die Briten in Europa einzuführen. Sie sei persönlich dafür, eine solche Steuer in der Eurozone zu erheben, wenn es keine Lösung für alle 27 EU-Länder gebe, sagte die Bundeskanzlerin nach einem Treffen mit Frankreichs Präsident Sarkozy in Berlin. Erstmals übernahm sie diese Position von Finanzminister Schäuble (CDU). Einen Alleingang im Euroraum lehnte jedoch Wirtschaftsminister Rösler (FDP) ab.

Zum Wochenaufstart war der Euro schwach wie lange nicht. In der Krise fragten die Anleger so stark als sicher geltende kurzfristige Papiere der Bundesrepublik nach, dass sie erstmals dafür negative Zin-

sen in Kauf nahmen, also bereit waren, Geld zu zahlen, um Deutschland Geld leihen zu können. Sarkozy und Merkel bekannten sich zur gemeinsamen Währung verhehlten aber nicht den Ernst der Situation. „Die Lage im Euroraum ist angespannt, vielleicht so gespannt, wie sie noch nie war“, meinte Sarkozy. „Unsere Absicht ist, dass kein Land aus dem Euroraum ausscheiden muss“, sagte Frau Merkel auf die Frage, ob man auf ein Scheitern der griechischen Regierung vorbereit sei. Voraussetzung für die Hilfen sei, dass die Regierung in Athen die gemachten Zusagen einhalte. Auch müsse es zur freiwilligen Umschuldung kommen. Sonst könne kein Geld fließen. An diesem Dienstag wird IWF-Chefin Christine Lagarde zu Gesprächen mit Frau Merkel und

Schäuble in Berlin erwartet. Sarkozy wies darauf hin, dass er und Frau Merkel die Europäische Zentralbank (EZB) um Vorschläge gebeten hätten, „damit der Hilfsfonds EFSF funktioniert und effizienter arbeiten kann“. Nach Merkels Worten geht es dabei um die Fachkunde der EZB.

Während SPD und Grüne die Kanzlerin aufforderten, bei der Finanztransaktionsteuer Tempo zu machen, warnte die FDP vor einem Alleingang. „Eine solche Steuer muss für alle EU-Staaten gelten, nicht nur für die Euro-Staaten“, mahnte Wirtschaftsminister Rösler, der auch FDP-Vorsitzender ist. „Sonst führt die Finanztransaktionsteuer zu Wettbewerbsverzerrungen und belastet unseren Finanzstandort Deutschland einseitig.“ (Fortsetzung und weiterer Bericht siehe Seite 2.)

Jonathan: Boko Haram hat Unterstützer in Regierung

Nigerianischer Präsident nennt Sicherheitslage „schlimmer als im Bürgerkrieg“

tos. JOHANNESBURG, 9. Januar. Der nigerianische Präsident Goodluck Jonathan hat die Mutmaßung geäußert, die islamistische Sekte Boko Haram, die seit Weihnachten den Norden des Landes mit einer nie dagewesenen Serie von Anschlägen überzieht, habe Unterstützung aus „der Regierung, dem Parlament, der Justiz und den Sicherheitsdiensten“. Bei einer Rede in einer Kirche in der Hauptstadt Abuja sagte Jonathan am Sonntagabend unter Anspielung auf die Kämpfe zwischen 1967 und 1970 wegen der schließlich gescheiterten Sezession Biafras, die Sicherheitslage in Nigeria sei heute „schlimmer als während des Bürgerkrieges“. Damals „wussten wir, woher die Angriffe kommen, und konnten einige davon sogar vorhersagen“.

Alleine am vergangenen Wochenende waren in fünf nördlichen Bundesstaaten Nigerias mehr als 40 Menschen mutmaßlich von Mitgliedern der Sekte ermordet worden. Seit Weihnachten sind bei Anschlägen mehr als 100 Menschen getötet worden. Seit Beginn des vergangenen Jahres fielen mehr als 600 Menschen den Terroristen zum Opfer. Ziel der Angreifer sind meist christliche Einrichtungen. Die Regierung versucht mit Tausenden Soldaten, die Lage in den Bundesstaaten Borno, Niger, Gombe, Adamawa und Yobe wieder unter Kontrolle zu bekommen.

Der Erzbischof von Lagos, Anthony Olobunmi, widersprach am Montag allerdings Äußerungen des Vorsitzenden der Vereinigung der Christen in Nigeria (CAN), Ayo Oritsejafor, der angesichts

des Terrors von Boko Haram von „religiösen und ethnischen Säuberungen“ gesprochen hatte. Der Erzbischof sagte, es gehe bei den Angriffen „nicht um einen Krieg der Religionen“, sondern um die Spaltung Nigerias. „Dahinter stecken Machtansprüche und wirtschaftliche Interessen und diese Leute versuchen alles, um den Bundesstaat Nigeria zu sprengen“, sagte er dem Internetdienst „Vatican Insider“. Unterdessen wurde Nigeria am Montag von einem Generalstreik weitgehend lahmgelegt. Gewerkschaften und Bürgerbewegungen protestieren damit gegen die Aufhebung von staatlichen Subventionen für Benzin, Diesel und Petroleum. Die Treibstoffpreise in Nigeria haben sich seither innerhalb weniger Tage verdoppelt. (Kommentar Seite 8.)

Jemenitische Regierung billigt Amnestie für Salih

Her. ABU DHABI, 9. Januar. Die jemenitische Übergangsregierung hat am Sonntag einem Gesetzentwurf zur Amnestie für den scheidenden Präsidenten Ali Abdullah Salih und seine Mitarbeiter zugestimmt. Wie die jemenitische Nachrichtenagentur Saba berichtete, wurde das Gesetz an das Parlament weitergeleitet, das ihm noch zustimmen muss. Salih hatte von der Opposition im Gegenzug für seinen Rücktritt Straffreiheit gefordert. Neuwahlen sind im Februar geplant. (Siehe Seite 8.)

Syrische Opposition: Bericht der Liga zu vage

Her. ABU DHABI, 9. Januar. Die syrische Opposition hat den Zwischenbericht der Arabischen Liga zu Syrien als zu vage kritisiert. Sie beanstandet auch, dass sich die Liga für eine Fortsetzung der Beobachtermission entschieden habe, was Präsident Assad noch mehr Zeit für die Verfolgung von Regierungskritikern verschaffe. Obwohl Beobachter der Liga in der Nähe waren, schossen syrische Truppen nach Angaben von Aktivisten am Montag in Homs auf Demonstranten. (Siehe Seite 6.)

Amerikaner in Iran zum Tode verurteilt

Her. ABU DHABI, 9. Januar. Ein iranisches Revolutionsgericht hat am Montag einen amerikanischen Staatsbürger wegen Spionage zum Tode verurteilt. Der 28 Jahre alte Mann iranischer Abstammung, der in den Vereinigten Staaten geboren wurde und dort aufwuchs, war nach Angaben seiner Familie im August nach Iran gereist, um seine Großmutter zu besuchen. Die CIA bestritt, dass der Mann für sie gearbeitet habe, wie von der Anklage behauptet wurde. (Siehe Seite 6.)

Wieder von vorn

Von Holger Steltzner

Griechenland rückte die Eurokrise 2010 ins Zentrum der europäischen Politik. Ende des vergangenen Jahres beherrschte Italien die Debatte. 2012, im dritten Jahr der Schuldenkrise, beginnt alles wieder von vorn. In Griechenland wird vor der Auszahlung der nächsten Kredittranche das altbekannte Schauspiel aufgeführt: Die Troika aus EU, EZB und IWF wird mangelnde Reformfortschritte kritisieren; Athen wird mit Pleite oder Austritt aus der Währungsunion drohen, jedoch auch Besserung geloben, damit das Geld fließen kann.

Kein Land soll aus der Eurozone ausscheiden, bekräftigten Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident Sarkozy auf ihrem ersten Krisentreffen des Jahres. Griechenland sei ein Sonderfall, sagte Frau Merkel. Auch wenn sie damit auf die zähe Umschuldungsverhandlung mit privaten Gläubigern zielte, so denkt man angesichts der routinisierten und erfolgreichen griechischen Erpressungstaktik unwillkürlich an die einst von Frau Merkel im Bundestag erhobene Forderung, reformunwillige Krisenstaaten müssten Euroland in

letzter Konsequenz verlassen. Leider gilt seither das Gegenteil, weshalb die griechische Tragödie jedes Quartal aufs Neue aufgeführt wird.

Frisch ist der Blick der Investoren auf den Euro im neuen Jahr. Im Urteil der meisten globalen Anleger ist die Pleite Griechenlands unabwendbar. Der privaten Umschuldung dürfte ein Forderungsverzicht der staatlichen Gläubiger folgen, zumal über Kreditpakete und Notenbanken die Schulden fleißig dorthin umgeschichtet werden. Weil immer weniger Leute in einen Währungsraum investieren wollen, in dem ein Staat seine Schuld nicht bedient, verliert der Euro nun auch gegenüber dem Dollar rapide an Wert. Das ist zwar ein Segen für die lahme Konjunktur in Südeuropa und ein warmer Regen für Exportunternehmen. Doch mit Blick auf den ehrgeizigen Emissionskalender im Euroraum ist das kein Grund zur Freude, selbst wenn Deutschland inzwischen sogar Geld vom Anleger geschenkt bekommt. Die politisch aufgeladene Frage nach einer Finanztransaktionssteuer in Europa ist wirtschaftlich nachrangig. Sarkozy will damit in den Wahlkampf ziehen, also folgen ihm die meisten Partner wenig begeistert. Zur Finanzierung brauchen EU-Staaten die Banken mehr denn je. Also darf die Steuer sie nicht strangulieren.

Nun eine „sozialdemokratische“ Koalition

Von Thomas Holl

Peter Müller ist fein raus. Von Karlsruhe aus konnte der frühere saarländische Ministerpräsident und neue Bundesverfassungsrichter gelassen den Untergang der von ihm gezimmerten „Jamaika“-Koalition beobachten. Rechtzeitig hatte er seinen Absprung organisiert. Was Müller schon lange vor der Landtagswahl Ende August 2009 wusste und in geselligen Runden auch gern zum Besten gab, traf zu. Die Führung der Saar-FDP und ihre fünf Landtagsabgeordneten erwies sich in der Koalition mit CDU und Grünen als weitgehend politikunfähig, zerstritten und unzuverlässig. Allein der Machterhalt seiner damals fast abgewählten CDU ließ Müller die gefährliche Passage in die Untiefen von Jamaika suchen.

Die letzte Phase der Selbstentleerung der FDP hatte im Dezember begonnen, mit dem Rücktritt des zweiten Fraktionsvorsitzenden in zwei Jahren und seinem Übertritt zur CDU; enden konnte sie nur mit der Beendigung der Koalition durch Müllers Wunschnachfolgerin Kramp-Karrenbauer. Worum es bei der FDP-Größen wie Niebel und Birgit Homburger als „unfreundlichen Akt“ und „Unverschämtheit“ der Ministerpräsidentin erregte, war ein längst fälliger Schritt im Dienste des Saarlands. Spätestens im vergangenen August, als Abwechler in den eigenen Reihen ihre Wahl im Saarbrücker Landtag zur Nachfolgerin Müllers fast torpediert hätten, wusste die CDU-Politikerin, dass nur eine große Koalition mit ihrem Duzfreund Heiko Maas Regierungstabilität versprach. Dass der Koalitionsbruch just während Philipp Röslers Rede auf dem Stuttgarter Dreikönigstreffen bekannt wurde, ist eine Demütigung des ungeliebten Partners. Aber der Zeitpunkt des Bruchs passt zu dem Chaos, das die FDP an der Saar selbst angeht.

Eine Legende mit Blick auf das Offenhalten von Machtoptionen in Bund und Ländern ist indes das Lob der Ministerpräsidentin für die Grünen als verlässlichen Partner. Verlässlich waren die Saar-Grünen unter ihrem Vorsitzenden Ulrich tatsächlich: beim Durchsetzen ihres Programms gegenüber CDU und FDP. Die Erfolgsbilanz dieser Jamaika-Koalition ist vor allem eine der Grünen. Dem mit drei Abgeordneten und bescheidenen 5,9 Prozent kleinsten Koalitionspartner gelang es, fast alle grünen Kernforderungen in Gesetzesform zu gießen und Infrastrukturprojekte zu blockieren. So gelten im Saarland die schärfsten Regelungen zum Nichtraucherschutz. Wieder abgeschafft wurden die von CDU und FDP gepriesenen Studiengebühren. Als Rettung des Gymnasiums hatte Müller seiner grollenden CDU die Einführung eines zweigliedrigen Schulsystems mit der neuen Gemeinschaftsschule als tragender Säule verkauft. Sogar die Unterstützung der Linkspartei und Lafontaines holte

sich Müller, um den Wunsch der Grünen und deren Bildungsministers Kessler nach einer entsprechenden Verfassungsänderung zu erfüllen. Die Energiewende im einstigen Bergbauland trägt ohnehin die Handschrift der Grünen. Der Dauerzwist mit der FDP verdeckte den wachsenden Unmut in der CDU über die vielen Zugeständnisse an die Grünen.

Auch vor diesem Hintergrund ist nicht nur bei der im Unionspektrum links stehenden Frau Kramp-Karrenbauer die Sehnsucht nach einem Bündnis mit der SPD gewachsen. In diesem Landesverband der CDU sind die Schnittmengen mit der SPD inzwischen weitaus größer als die mit FDP und Grünen. Nicht nur Frau Kramp-Karrenbauers Vorstoß für einen lä-

Die Ministerpräsidentin von der CDU hat Schluss mit Jamaika gemacht. Das Saarland braucht ein stabiles Bündnis.

chendeckenden Mindestlohn entzückte Sozialdemokraten in dem Land, das stolz ist auf seine lange Arbeiterkultur. Auch das Ziel, die Selbständigkeit des hochschulverwöhnten Saarlands zu sichern, eint die beiden Volksparteien. Dafür gab der SPD-Vorsitzende Maas sogar seine Bedenken gegen die Schuldenbremse auf – wie kein anderes Bundesland muss das Saarland sparen. Mit einer wackligen Jamaika-Koalition oder einem rot-roten Bündnis mit Lafontaine ist die gefährdete politische Existenz des Saarlandes gegenüber den Geberländern im föderalen Finanzausgleich kaum zu sichern.

Mit ihrem Bruch der Koalition haben Frau Kramp-Karrenbauer und die CDU jedoch hoch gepokert. Denn ein Selbstläufer ist der Weg in eine große Koalition unter Führung der CDU nicht. Schließlich verfügt die SPD über die Option der Neuwahl, nach der sich viele Genossen kampfeslustig und selbstbewusst sehnen. In Umfragen liegt die Partei seit Monaten konstant als stärkste Kraft vor der CDU; bei einer Wahl könnte sie vom Junior zum Seniorpartner in einer großen Koalition aufsteigen. Maas wäre dann im dritten Anlauf schon 2012 statt Mitte 2014 Ministerpräsident.

Es spricht jedoch einiges dafür, dass Maas der Ministerpräsidentin in Vorgesprächen bedeutet hat, dass er die SPD bei einem guten Verhandlungsergebnis in ein Bündnis mit der CDU führen könne. Nach seinem in letzter Minute gescheiterten Einzug in die Staatskanzlei als Ministerpräsident einer rot-rot-grünen Koalition ist Maas vorsichtig geworden. Wenn die SPD nach einer dritten Landtagswahl unter seiner Führung wieder nur Zweiter würde, wäre Maas endgültig gescheitert.



Briefe an die Herausgeber 17
Technik und Motor T1
Impressum 4
Deutschland und die Welt 7

Zeitgeschehen 8
Wirtschaft 9
Unternehmen 12
Menschen und Wirtschaft 16

Netzwirtschaft 17
Wetter 18
Finanzmarkt 19
Kurse 22

Sport 27
Feuilleton 29
Medien 33
Fernsehen und Hörfunk 34

STREIFZÜGE

Hamburg-Ottensen

Tratsch in den Treppenhäusern

Fünf Häuser sind es an der berühmten Elbtreppe in Hamburg-Ottensen, jedes mehr als hundert Jahre alt, baufällig und zum Teil unter Denkmalschutz stehend. Es ist ein Ensemble, das Hamburg von seiner schönen Seite zeigt. Der Ausblick auf die Elbe, der Abstieg in pittoresker Kulisse – auch viele Touristen gehen hier einmal lang. Das städtische Wohnungsbaunehmen Saga wollte bis auf zwei Häuser alles abreißen und neue Wohnungen bauen, deutlich mehr, als bisher dort zu finden sind. Die Bewohner der Elbtreppe-Häuser aber leisteten zähen Widerstand. Zehn Jahre lang wurde verhandelt und gestritten. Die Bewohner setzten eine Unterschriftenaktion für den Erhalt des Ensembles in Gang. Mehr als 10 000 Solidaritätsbekundungen kamen innerhalb kurzer Zeit bei dem Bürgerbegehren zusammen. Prominente wie der Schauspieler Peter Lohmeyer und der Regisseur Fatih Akin waren darunter.

Der heutige Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) war noch als Bundestagsabgeordneter mit dem Thema beschäftigt, denn die Treppe lag in seinem Wahlkreis. Sie wurde auch zu einem Dauerthema in der Bezirksversammlung von Altona, und der Widerstand gegen den Abriss wurde überall in der Stadt wahrgenommen, ähnlich wie im Fall



Trutzburg

des von Künstlern bewohnten Gärtnerviertels, dem ebenfalls der Abriss drohte und das inzwischen gerettet ist.

Nun hat die Saga eingelenkt. Alle fünf Häuser an der Elbtreppe bleiben stehen – jedenfalls die Fassaden, denn dahinter wird alles neu. Die Saga hat sich auf die Mehrkosten eingestellt. Der Bau wird vermutlich doppelt so teuer als ursprünglich geplant. Das hängt auch mit zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen zusammen, weil der Neumühlener Elbhahn an den Häusern abbrüchig ist. 15 Euro je Quadratmeter – mit so einer Miete muss künftig wohl gerechnet werden. Es soll aber auch Sozialwohnungen geben. Zwei Jahre Bauzeit sind eingeplant. Die Mieter müssen derweil umquartiert werden. Für jeden werde man eine individuelle Lösung finden, verspricht die Saga. Die Entscheidung des Unternehmens wird allenthalben gelobt, etwa vom Bezirksamt Altona: „Wir werden das Unternehmen bei der Umsetzung der Sanierung unterstützen.“ FRANK PERGANDE

Heute

Grüne in Klausur

Der Vorstand der Partei beschäftigt sich in Würzburg mit organisatorischen und strategischen Fragen der Bundestagswahl 2013. Der Bundestagsfraktion geht es in Weimar um Programmatisches. **Politik, Seite 4**

Lebenslang gefordert

Die Bundesanwaltschaft beantragt eine lebenslange Freiheitsstrafe für Arid U., der am Frankfurter Flughafen zwei amerikanische Soldaten erschossen und zwei weitere schwer verletzt haben soll. **Politik, Seite 5**

„2000 bis 3000 Euro“

Wer zahlt das Entfernen der gefährlichen PIP-Brustimplantate? Für die Patientinnen, die jetzt vor einer Operation stehen, ist das meist noch die geringste Sorge. **Deutschland und die Welt, Seite 7**

Noch härter singen

Bei „Unser Star für Baku“ werden die Kandidaten im Sekundentakt bewertet. Für den Zuschauer bekommt der Musikwettbewerb etwas von einem Fußballspiel. **Deutschland und die Welt, Seite 7**

Der Taktiker

Totgesagte leben länger. Das dachten schon viele Politiker. Im Falle des jemenitischen Präsidenten Salih könnte das Sprichwort jetzt aber Wahrheit werden. **Zeitgeschehen, Seite 8**

Der Abwarter

Lauter Töne sind seine Sache nicht. Aber auch mit Geduld lässt sich in der Politik etwas erreichen. Das erfährt zu seiner großen Freude jetzt der saarländische SPD-Chef Heiko Maas. **Zeitgeschehen, Seite 8**



Der einsame Schlossherr

Pofalla und Gröhe sprechen bei Wulff vor

„Merkel sucht keinen Nachfolger“ / Nahles: Kanzlerin muss Rücktritt fordern

BERLIN, 9. Januar. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sieht nach Angaben ihres Sprechers Seibert keine Veranlassung, sich Gedanken über einen Rücktritt von Bundespräsident Wulf und entsprechend auch über dann anstehende Nachfolgefragen zu machen. „Sie tut es auch nicht“, fügte Seibert hinzu. Er wiederholte damit Äußerungen vom Wochenende, als schon einmal Berichte und Vermutungen dementiert worden waren, innerhalb der Führung der Koalitionsparteien werde darüber gesprochen, wie CDU, CSU und FDP auf einen Rücktritt Wulffs zu reagieren hätten. Das dürfte auch der Gehalt von Gesprächen sein, zu denen Kanzleramtsminister Pofalla (CDU) und CDU-Generalsekretär Gröhe in dieser Woche bei Wulf erwartet werden. Seibert formulierte, diese Gespräche seien „von langer Hand“ vorbereitet worden. Frau Merkel selbst vermied es, sich am Montag bei einer Pressekonferenz, die sie zusammen mit dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy abhielt, zu der Gelegenheit befragen zu lassen. Seibert hatte zuvor – mit Blick auf die Darlegungen Wulffs auf der Mailbox des Chefredakteurs der „Bild“-Zeitung, Diekmann – auch versichert: „Die Bundeskanzlerin hat nicht die Gepflogenheit, Journalisten oder Chefredakteure anzurufen.“ Deshalb müsse die Bundeskanzlerin ihr Telefonverhalten auch nicht verändern, fügte Seibert an.

Der mit der öffentlichen Vertretung beauftragte Anwalt des Bundespräsidenten, Gernot Lehr, versicherte am Montag im Deutschlandfunk, Wulf habe, wie dieser das auch im Fernsehen gesagt hatte, mit seinem Anruf bei Diekmann den Abdruck des Artikels in der „Bild“-Zeitung nicht verhindern, sondern nur hinauszögern wollen. Deswegen sei es ärgerlich, dass Redakteure der Zeitung und des „Spiegels“ in einer Fernsehsendung („Günther Jauch“) die gegenteilige Behauptung aufgestellt hätten.

Zum Streit über die Veröffentlichung des Protokolls der Mailbox-Nachricht von Wulf sagte Lehr im Radio: „Das Schreiben des Bundespräsidenten an Herrn Diekmann vom vergangenen Donnerstag ist allgemein bekannt. Er hat grundsätzlich auf die notwendige Vertraulichkeit von Vier-Augen-Gesprächen und von Telefonaten hingewiesen.“ Eine Veröffentlichung eines solchen Vier-Augen-Gesprächs sei eigentlich ein „Tabubruch“. Lehr fuhr fort, der Bundespräsident habe gleichzeitig gesagt, „dass die Medien und damit insbesondere die ‚Bild‘-Zeitung über die Veröffentlichung dieser Abschrift in eigener Verantwortung entscheiden müssen“. Wulf habe ihnen „keinen Persilschein dafür gegeben“. Die Medien müssten „selbst entscheiden, ob sie das tun, und heute ist ja im ‚Spiegel‘ einiges dazu zu lesen. Das heißt, die Veröffentlichung ist erfolgt. Sie ist zwar nicht in der ‚Bild‘ erfolgt, aber sie ist im ‚Spiegel‘ erfolgt, und

die ‚Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung‘ hat auch Details berichtet.“

Politiker von SPD und Grünen forderten am Montag Frau Merkel abermals auf, sich zu den neuen Wendungen der Causa Wulf zu äußern. Die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles forderte einen Befreiungsschlag Frau Merkels. Die Bundeskanzlerin müsse Wulf zum Rücktritt auffordern. Das Amt des Bundespräsidenten sei beschädigt. Das sei nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Die beste Lösung sei ein überparteilicher Kandidat, der von allen gewählt werden könnte. „Frau Merkel tut das aber nicht aus taktischen Gründen.“ Sie wolle die eigene Machtbasis schonen. „Vor diesem Hintergrund steht Wulf auch ein Stück weit für den Niedergang dieser ganzen Bundesregierung.“

Auch die Grünen forderten eine Stellungnahme der Bundeskanzlerin. Die Parteivorsitzende Claudia Roth sagte im NDR-Radio: „Merkel muss sich zu diesem bizarren Spektakel äußern; sie darf sich nicht einfach aus dem Staub machen. Christian Wulf war ihr Kandidat, den sie durchgesetzt hat.“ Ähnlich äußerte sich ihr Vorsitzendekollege Özdemir. Jedoch forderten die Grünen nicht unmittelbar einen Rücktritt des Bundespräsidenten. „Wir verhalten uns dem Amt angemessen.“

Am Abend wurde gemeldet, Bettina Wulff, die Frau des Bundespräsidenten, sei überraschend beim Neujahrsempfang des von Springer-Konzern gehörenden „Hamburger Abendblatts“ erschienen.

Beamtenbund warnt vor fehlendem Nachwuchs

Heesen: Es gibt keine Strategie für Bewältigung des demographischen Wandels

BERLIN, 9. Januar. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Heesen, warnt vor Nachwuchsproblemen im Staatsdienst. Das sagte Heesen auf der Jahrestagung des dbb am Montag in Köln. Etwa 20 Prozent der vom Staat Beschäftigten gingen in den nächsten zehn Jahren in Pension oder Rente. Noch aber fehle es, so Heesen an einer „Strategie für die Bewältigung des demographischen Wandels“. Im Bereich der Bundesbehörden und Bundesverwaltungen werde sogar ein Drittel des Personals in den Ruhestand gehen und müsse von qualifiziertem Nachwuchs ersetzt werden.

Um Berufseinsteiger für den Staatsdienst zu werben, müssten höheren Einstiegsgehälter, bessere Aufstiegschancen

sowie eine interne Fachhochschulausbildung angeboten werden. Des Weiteren müsse der „immer noch vorhandene Muff in Amtsstuben zugunsten eines modernen, für junge Menschen attraktiven Arbeitsumfeldes beseitigt“ werden. Heesen warnte gleichzeitig vor weiterem Personalabbau im öffentlichen Dienst. Schon jetzt fehlten in den Finanzverwaltungen, an den Schulen und bei der Polizei mehr als 45 000 Beschäftigte.

Heesen dankte dafür, dass die Halbierung von Weihnachtsgeldern nach einer Verzögerung wieder rückgängig gemacht wurden. Diese war 2006 auf fünf Jahre vereinbart worden. Die schwarz-gelbe Regierung brach das Versprechen zunächst. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Kauder habe „alles daran gesetzt, diesen Vertrauensbruch zu heilen. Dafür danke ich ihm ganz persönlich“, sagte Heesen. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) dämpfte am Rande der Tagung die Hoffnungen auf höhere Löhne im öffentlichen Dienst: „Wir werden den Wettbewerb bei der Bezahlung mit der Wirtschaft nicht gewinnen.“ Wichtig sei deshalb die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern eine Lohnerhöhung zwischen sechs und sieben Prozent. Die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände wies dies als „unrealistisch“ zurück. Am späten Nachmittag sprach Bundeskanzlerin Merkel (CDU) bei der Veranstaltung.

zende Kauder habe „alles daran gesetzt, diesen Vertrauensbruch zu heilen. Dafür danke ich ihm ganz persönlich“, sagte Heesen. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) dämpfte am Rande der Tagung die Hoffnungen auf höhere Löhne im öffentlichen Dienst: „Wir werden den Wettbewerb bei der Bezahlung mit der Wirtschaft nicht gewinnen.“ Wichtig sei deshalb die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern eine Lohnerhöhung zwischen sechs und sieben Prozent. Die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände wies dies als „unrealistisch“ zurück. Am späten Nachmittag sprach Bundeskanzlerin Merkel (CDU) bei der Veranstaltung.

Aus Berlin nach Paris schielen

Präsident Sarkozy richtet seinen Auftritt an der Seite der Kanzlerin an den Erfordernissen des heimischen Publikums aus.

Von Michaela Wiegel

PARIS, 9. Januar. Der Staatspräsident war eingeladen, der Wahlkämpfer sei nach Berlin gekommen: Nicolas Sarkozy hat das Treffen mit der Bundeskanzlerin am Montag im Bundeskanzleramt für Werbung in eigener Sache genutzt. Während der gemeinsamen Pressekonferenz mit Angela Merkel, die von den französischen Informationsendern direkt übertragen wurde, sprach er minutenlang über den Konkurs des französischen Führerunternehmens SeaFrance. 880 Personen droht der Verlust ihres Arbeitsplatzes – ein Thema, das die Franzosen aufgrund der schlechten Beschäftigungslage sehr bewegt.

Zu anderen Zeiten hätte der Präsident darauf verwiesen, dass er in Berlin nicht nationale Belange erörtern wolle. Doch fünf Monate vor Ende seines Mandats nimmt Sarkozy dankbar jeden Anlass wahr, sich seinen Landsleuten als gewiefter Krisenmanager zu präsentieren. Das „hervorragende Vertrauensverhältnis“ zur Bundeskanzlerin, das er gleich mehrmals hervorhob, gilt ihm dabei als Trumpfkarte für die Präsidentschaftskampagne. Den eigentlichen Wahlkampf wünscht sich Sarkozy so kurz wie möglich, weswegen er angekündigt hat, er wolle seine Kandidaturabsichten nicht vor Ende Februar offenlegen.

Bei den Franzosen soll sich aber jetzt schon einprägen, dass Sarkozy die nationalen Interessen in Europa durch ein geschicktes Zusammenspiel mit der Bundeskanzlerin am besten verteidigen kann. Der sozialistische Präsidentschaftskandidat François Hollande hat

sich im Verhältnis zu Deutschland selbst in eine missliche Lage manövriert. Durch seine andauernde Kritik an Sarkozys noch frischer Deutschlandbegeisterung hat sich in der öffentlichen Meinung der Eindruck verfestigt, Hollande sei auf einen Konfrontationskurs mit der Bundesregierung aus. Die offen germanophoben Äußerungen sozialistischer Parteigranden haben diese Wertschätzung noch verstärkt. Sarkozy hat dem Sozialisten auch zuzusetzen versucht, in dem er Hollande eine seiner liebsten Ideen, –die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, wegschnappte.

Bundeskanzlerin Merkel machte in Berlin gute Miene zu Sarkozys Spiel und lobte die „gute Initiative“, über die es allerdings in der Bundesregierung noch keine Einigkeit gebe. Sarkozy aber führte sich als Mann der Tat auf, der „im Notfall auch allein mit gutem Beispiel“ voranschreite. Auch wenn der Finanzplatz Paris empört aufschreit, hat der Präsident eines seiner Ziele schon erreicht: Er steht als Macher da, der den „üblen Spekulanten“ Grenzen setzt und allen Kritikern zum Trotz keinen deutsch-französischen Zwiß hervorruft. Es ist ganz im Sinne Sarkozys, dass die Kanzlerin der Eurozone fortan nicht nur Haushaltsdisziplin und Entschuldung verschreiben will, sondern „Wachstum“ schäftigung und Wettbewerbsfähigkeit zum „zweiten Pfeiler“ erklärte. Sarkozy konnte es nicht lassen, gleich zwei Mal auf die veränderten Erwartungen an die Europäische Zentralbank mit Blick auf den Rettungsschirm EFSF zu erwähnen. Aber er war auch zu einem Eingeständnis über eigene Versäumnisse bereit. „Ja, wir haben uns spät daran gemacht“, sagte Sarkozy mit Blick auf die französische Haushaltssanierung. Stolz fügte er aber hinzu, dass das französische Defizit 2011 vier Milliarden Euro niedriger als befürchtet ausfalle. „Nehmen wir das als unseren bescheidenen Beitrag zur Glaubwürdigkeit der Sparanstrengungen“, sagte Sarkozy.

Fortsetzung von Seite 1

Sarkozy: Lage gespannt wie nie

„Wir erwarten, dass die negativen Effekte der Finanztransaktionssteuer bei einer isolierten Einführung in Frankreich dort schnell sichtbar werden“, sagte FDP-Generalsekretär Döring dieser Zeitung.

Merkel gestand zu, dass sich die Bundesregierung noch nicht verständigt hat, wie es mit der Finanztransaktionssteuer weitergehen soll, wenn Länder wie Großbritannien oder Schweden eine Einigung in der EU weiterhin verhindern. Es sei eine gute Initiative, hier jetzt Nägel mit Köpfen zu machen, sagte sie mit Blick auf Signale aus Frankreich, gegebenenfalls im Alleingang eine solche Steuer einzuführen. Sarkozy hob hervor, wenn man diese Steuer für sinnvoll halte, solle man mit gutem Beispiel vorangehen. Die Finanztrans-

aktionssteuer ist eine Art Umsatzsteuer für Finanzprodukte.

Nach Angaben Merkels und Sarkozys sind die Verhandlungen zum sogenannten Fiskalpakt gut vorangekommen. Eine Unterzeichnung sei spätestens im März möglich. Am Donnerstag findet dazu eine weitere Verhandlungsrunde der Fachleute in Brüssel statt. Mit dem zwischenstaatlichen Vertrag wollen sich mit Ausnahmen Großbritanniens alle EU-Staaten verpflichten, nationale Schuldenbremsen einzuführen und zu hohe Defizite fast automatisch zu bestrafen. Beide Politiker bekannten sich zum Vorziehen des dauerhaften Stabilitätsmechanismus DSM um ein Jahr auf Mitte 2012 und dazu, dafür schneller Kapital einzuzahlen, um Vertrauen in dieses Instrument an den Märkten zu schaffen. Zudem kündigten sie an, demnächst Vorschläge für mehr Wachstum und Beschäftigung im Euroraum machen zu wollen. Neben der Haushaltskonsolidierung sei dies das „zweite Bein“, das gebraucht werde, sagte Merkel. Derzeit werde dazu eine Übersicht in der EU erstellt, um „von den Besten zu lernen“.

Die SPD warnte, überschuldete Länder durch zu harte Sparauflagen zu erdrosseln. Ein Sparkurs allein helfe Griechenland nicht auf die Beine, sagte Generalsekretärin Nahles. Grünen-Fraktionschef Trittin, meinte, er könne sich an keine Situation erinnern, in der ein deutscher Regierungschef so sehr offenbart habe, dass er die Richtlinienkompetenz nicht zu nutzen wisse. „Wie man gegenüber einer ideologisch-bornierten FDP die Richtlinienkompetenz praktiziert, das könnte Frau Merkel vielleicht von der saarländischen Ministerpräsidentin lernen.“



Merkel und Sarkozy F.A.Z.-Foto Jens Gyarmaty

STIMMEN DER ANDEREN

Der lange Weg zu einem politischeren Europa
Die Tageszeitung „Paris-Normandie“ (Rouen) schreibt zur Krisenpolitik der Europäischen Union:

„Trotz der begeisterten Reden, die auf beiden Rheinseiten gehalten wurden, hat Europa in der Krise eigentlich keine Fortschritte gemacht. Großbritannien hat sich wieder einmal vom Kontinent entfernt. Die Europäische Union (EU) hat der Welt eher ihre Ohnmacht als ihren Willen zur Solidarität dokumentiert. Außerdem leidet sie immer noch an einem Demokratiedefizit. Die Lage ist unübersichtlich mit einem ständigen Ratsvorsitzenden, der wenig präsent ist, einem turnusmäßigen Ratsvorsitzenden, dessen Funktion man nicht mehr versteht, einer EU-Kommission, die alles regeln will, und einem Parlament, auf das niemand hört. Der Weg bis zu diesem politischen Europa, das alle fordern, ist noch lang.“

Sarkozy pokert mal wieder

Die Tageszeitung „L'Alsace“ (Mülhausen) äußert sich skeptisch über einen möglichen Alleingang Frankreichs bei der Finanztransaktionssteuer:

„Die Finanztransaktionssteuer, die Sarkozy noch vor der Präsidentschaftswahl im Mai einführen will, ist eine kleine Abgabe auf Transaktionen, die dem Staat viel einbringen kann. Sie kann aber auch sehr teuer werden. Schweden hatte 1984 eine solche Steuer eingeführt, und sie kaum sechs Jahre später wieder abgeschafft: Die Steuer hatte mehr Kapital aus dem Land vertrieben, als sie einbrachte. Wir haben verstanden: Nicolas Sarkozy trickst und pokert mal wieder... Niemand im Lager der Linken und der extremen Linken wird es wagen, ihm gerade diese Maßnahme vorzuwerfen.“

Monti in der Feuerprobe

Die Wiener Tageszeitung „Der Standard“ meint zu den bevorstehenden Beratungen Kanzlerin Merkels mit Italiens Regierungschef Monti über weitere Reformschritte in der Schuldenkrise:

„Italiens Regierungschef Monti nimmt kein Blatt vor den Mund. Nachdem Italien seinen Bürgern eine Rosskur verschrieben hat, die jeden Haushalt mehr als 2000 Euro kosten wird, erstmals seit Jahren die Steuerflucht ernsthaft bekämpft und die absurden Privilegien der Politiker gekürzt werden sollen, fordert Monti nun Maßnahmen auch der EU... Italien tritt damit aus seiner Isolation heraus. Die Finanzmärkte freilich haben bisher nur halbherzig reagiert... In den nächsten Tagen wird Italien abermals Staatsanleihen versteigern – eine Feuerprobe für Monti, die zeigen wird, ob es ihm gelingt, Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.“

Was wollen die Ungarn?

Die Budapester Tageszeitung „Magyar Nemzet“ bemerkt zu den voraussichtlich harten Forderungen, die der Internationale Währungsfonds (IWF) Ungarn als Voraussetzung für einen neuen Kredit stellen wird:

„Die Weltmächte der Finanz dulden es nicht, wenn sich ein Schäferchen zu weit von der Herde entfernt und seine Angelegenheiten in Ordnung bringt, indem es seine eigene Wege geht. Würde man Ungarn in Ruhe lassen, dann wäre dieser Weg gangbar... Wir wissen, wie riskant die Lage ist, aber wir wissen auch, was das Land verlieren kann, wenn es bedingungslos kapituliert. Wir wissen, was der IWF will. Doch was will die ungarische Nation? Es wird Zeit, dass sie sich zu Wort meldet.“

Boulevard-Niveau

Die „Leipziger Volkszeitung“ greift Bundespräsident Wulffs jüngstes Wort vom „Stahlgewitter“ auf, das er auszuhalten gedanke:

„Wer vom ‚Stahlgewitter‘ spricht, wer Kritik mit Kriegszuständen vergleicht, wer wüdelos abgestiegen ist auf Boulevardniveau, der bringt Schaden. Das ist das Gegenteil des Grundprinzips, nach dem in der Demokratie geeigneten Personen Ämter auf Zeit verliehen werden. Es ist die Pflicht der Opposition, der Kanzlerin und CDU-Vorsitzenden politisch zu Leibe zu rücken. Aber doch nicht so plump, so dumm, wie dies SPD-Generalsekretärin Nahles intonierte: Neuwahlen für den Bundestag wenn Wulf an sich selbst und am Einmaleins der demokratischen Würde scheitert? Das ist nicht klüger als das Präsidenten-Gerede vom kriegerischen Stahlgewitter.“

Der meint das so

Die „Frankfurter Rundschau“ befasst sich ebenfalls mit den Vorwürfen gegen Wulf:

„Vielleicht war es ja Gedankenlosigkeit, die Christian Wulf den Begriff des ‚Stahlgewitters‘ verwenden ließ. Vielleicht dachte er nicht an den Schriftsteller Ernst Jünger, der unter diesem Titel 1920 auf zwiespältige Weise seine Erfahrungen an der Westfront im Ersten Weltkrieg verarbeitete. Aber würde es das besser machen? Wäre es entschuldbarer, wenn der Bundespräsident seine Worte nicht überlegt hätte? Im Gegenteil. Ein Bundespräsident hat zur Ausübung seines Amtes nur das Wort. Es muss klar sein und deutlich. Er muss es wagen – egal ob er auf eine Mailbox spricht. Erst recht in einer Rede vor Mitarbeitern. Man muss also annehmen, er meint es so.“

Abhilfe zunächst nur durch Rücktritt

Die „Augsburger Allgemeine“ gibt in der Affäre um das Staatsoberhaupt zu bedenken:

„Ist dem Land in turbulenten Zeiten mit einem Präsidenten gedient, der mit Selbstverteidigung beschäftigt ist und über viele wichtige Themen (von der Schuldenkrise bis zum Vertrauensverlust der Politik) nicht mehr unbefangenen reden kann? Einem Präsidenten; der vom Kanzleramt abhängig ist, an Autorität eingebüßt hat und in einen bizarren Schaukampf mit einem Boulevardblatt verwickelt ist? Einem Präsidenten schließlich, der das Land spaltet, ins Zentrum parteipolitischen Streits rückt und zu einer Belastung für das Amt...? Nein, das tut es nicht. Wulf ist an jenem Punkt angelangt, an dem das Interesse des Gemeinwesens und die Würde des Amtes einen Rücktritt gebieten.“

Geschmacklos

Auch der „Münchner Merkur“ ist über die Berliner Schuh-Demonstration gegen Wulf erschrocken:

„Man muss diesen Bundespräsidenten nicht mögen, man darf begründete Kritik an seinem Umgang mit den Affären äußern, man kann seinen Verbleib im Amt in Frage stellen. Die Schuh-Demonstration aber vor Schloss Bellevue, die Wulf einzureihen versuchte in die Schar der Schlichter und Folterknechte arabischer Regime, ist geschmacklos. Es ist kein Spaßchen, was sich die wenigen hundert Protestler da unter dem samstäglichen Schutz des deutschen Versammlungsrechts erlauben – sondern ein Akt der Ignoranz. Dies auch gegenüber jenen, die in Kairo, Tripolis oder Homs im Kampf gegen mörderische Diktaturen teils bis heute ihr Leben riskieren.“